

**Der Wald
stirbt nicht erst
seit heute**

DKP

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Der Wald stirbt nicht erst seit heute	3
Wer und was verursacht das Waldsterben?	7
Nicht nur die Wälder werden krank	11
Die Natur kann ohne uns, aber die Menschen können nicht ohne die Natur leben	14
Der Wald stirbt ganz legal	19
Rettung ist möglich, wenn man die Konzerne dazu zwingt	22
Die DKP fordert eine halbe Million neue Arbeitsplätze durch mehr Umweltschutz und rationelle Energieverwendung	25

Der Wald stirbt nicht erst seit heute

Wäre das Waldsterben zu verhindern gewesen? Können die Wälder heute noch gerettet werden, oder sind wir zum ohnmächtigen Zuschauen verurteilt? Was bedeutet das alles für den Menschen?

Der Wald stirbt nicht erst seit heute. Diese Entwicklung hat vielfältige Ursachen, die jedoch alle eines gemeinsam haben: Sie sind die Auswirkung der „Abfallprodukte“ von technischen Prozessen.

Erst mit der sich im Kapitalismus entwickelnden Industrie war man in der Lage, einerseits in großem Maß die Natur dem Menschen nutzbar zu machen, aber gleichzeitig auch die natürlichen Kreisläufe zu stören und zu zerstören.

Seit etwa 30 Jahren, in denen in den Industriestaaten die Energieumwandlung immer schneller anstieg und eine sich stark entwickelnde chemische Industrie entstand, wurden die Voraussetzungen für eine langsam, aber sicher große Flächen ergreifende Umweltvergiftung geschaffen, die nicht so ohne weiteres zu reparieren ist und die nun die ersten für jeden erkennbaren Auswirkungen zeigt.

Dabei muß auch berücksichtigt werden, daß die ersten Umweltschäden noch relativ gering und zudem örtlich begrenzt waren. Das Problem des Waldsterbens durch Industrieabgase aber ist länger als 100 Jahre bekannt und schon seit langer Zeit untersucht worden.

Seit Jahren haben einzelne Fachleute auf die Gefahren eines großflächigen Waldsterbens hingewiesen. Doch die notwendigen Konsequenzen paßten nicht in das Profitkonzept bestimmter Kreise des Großkapitals, z.B. der Elektrizitätskonzerne. Mit allen Mitteln versuchten und versuchen sie, das Problem zu verschleiern oder zu verharmlosen.

Die wissenschaftliche Erforschung der Vergiftungsercheinungen und ihrer Ursachen steckt auch heute noch in den Kinderschuhen. Die Erkenntnisse beschränken sich auf grobe Zusammenhänge und die Beschreibung der Auswirkungen.

Die Untersuchungen der vielschichtigen Wechselbeziehungen in der Natur und ihre Reaktion auf die Vergiftungen bereiten immer noch große Schwierigkeiten, was zum Teil durch zu wenig fachübergreifendes Herangehen an das Problem beeinflusst wird. Von der wissenschaftlich-technischen Seite her wären die Probleme wohl eher zu lösen, wenn nicht ein Großteil der Forschung, und dazu auch noch die fähigsten Köpfe, mit der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen beschäftigt wäre.

Interessierten Kreisen ist es geglückt, durch Ablenkungsmanöver und Desinformation eine gewisse Ratlosigkeit in der Bevölkerung zu erzeugen. Was soll man auch schon tun, wenn selbst Fachleute von Zeit zu Zeit auftreten und die schillerndsten „neuen“ Erklärungen für dieses Waldsterben verbreiten, indem sie anhand von speziellen Fällen versuchen, die Gesamtzusammenhänge in Frage zu stellen.

Daß es beim Waldsterben auch um viel Geld geht, wird inzwischen klar. Die Umweltverschmutzung und -vergiftung in unserem Land richtet z.B. Schäden an Stahlkonstruktionen, Gebäuden usw. an, die jährlich mehrere Milliarden DM ausmachen. Dazu kommt, daß bei einem Absterben der Wälder ein holzwirtschaftlicher Wert von etwa 200 Milliarden DM allein in unserem Land sofort vernichtet ist.

Über die volkswirtschaftlichen Schäden durch Erkrankungen der Menschen liegen nur Schätzungen vor, die von mehreren Milliarden DM jährlich ausgehen.

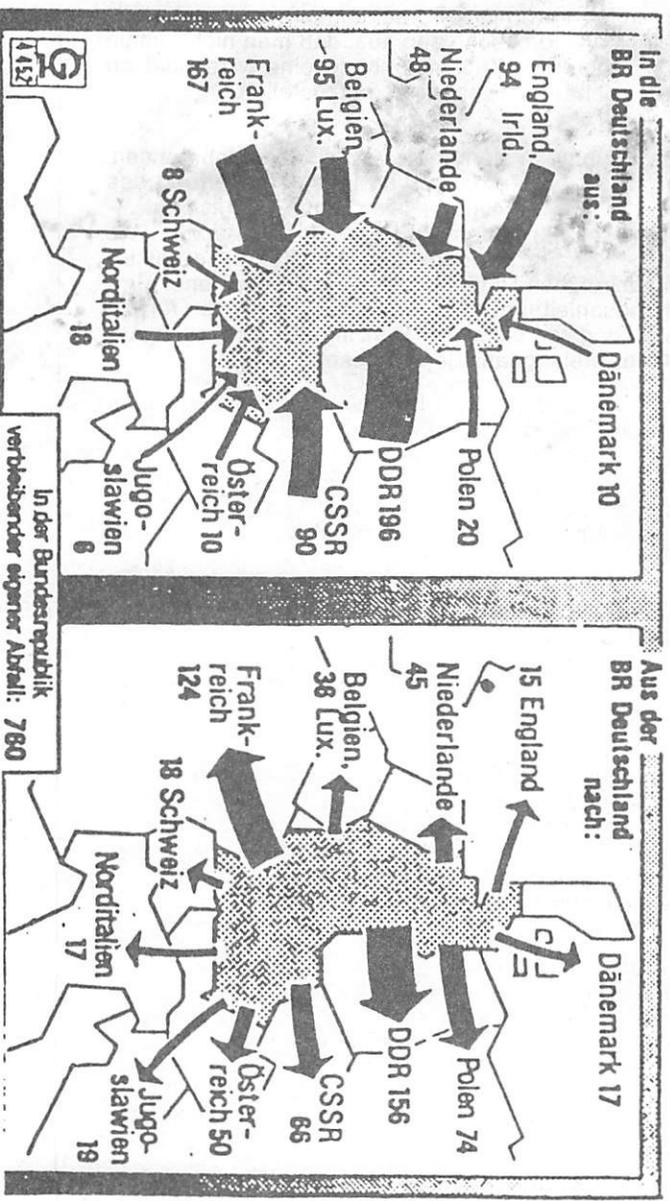
Wird das Waldsterben so weitergehen, wird darüber hinaus in etwa 10 Jahren ein gesamter finanzieller Schaden entstanden sein, der jede Vorstellung übersteigt. Demgegenüber nehmen sich die paar Millionen DM, welche die Bundesregierung in den nächsten

Jahren für notwendige Forschungsprogramme bereitstellen will, so bescheiden aus, daß man nicht umhin kann, in diesem Zusammenhang eine Mitschuld an den verschärften Problemen festzustellen.

Dies gilt in noch stärkerem Maße für die Maßnahmen, die offiziell als Verbesserung und Verschärfung des Umweltschutzes verkauft werden, in Wirklichkeit allerdings nichts anderes sind als Hinhaltenaktik. Wie anders können die schwammigen Zeitpläne mit ihren zahlreichen Umgehungsmöglichkeiten (eher Umgehungsanleitungen) verstanden werden, die für die Einführung von bleifreiem Benzin oder der Rauchgasentschwefelungsanlagen vorgesehen sind.

Beispiel: jährliche Schwefelablagerungen in 1000 Tonnen

1 t Schwefel entspricht 2 t Schwefeldioxid



(Quelle: Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen der Bundesregierung, Sondergutachten „Waldschäden und Luftverunreinigung“, März 1983)
 Die Bundesrepublik „exportiert“ fast genauso viel Schwefeldioxid, wie aus anderen Ländern zu uns gelangen. Aus den EG-Ländern kommen jährlich 178 000 t SO₂ mehr in die BRD, als sie dort hin ausstößt.

Wer und was verursacht das Waldsterben?

Es werden die verschiedensten, zum Teil sich widersprechenden Theorien über die Ursachen des Waldsterbens entworfen, und dabei wird das Ganze oft einfach so dargestellt, als sei dies alles ein Problem des Waldes und nicht eine von Menschen verursachte und ihn auch direkt betreffende Angelegenheit.

Bevor die Bäume absterben, werden sie von einer Art „Zivilisationskrankheit“ befallen, die wohl mehrere Ursachen hat. Die natürlichen negativen Einflüsse auf den Wald wie zu trockene Sommer, harte Winter oder vermehrte Erkrankungen durch Pilze oder Viren, die von interessierter Seite als Ursachen des Baumsterbens immer wieder in den Vordergrund geschoben werden, sollen hier nicht länger untersucht werden. Natürlich haben sie einen Einfluß auf das Wachstum des Waldes, doch diese Faktoren haben erst dann die entsprechende massenhafte Wirkung, wenn die Pflanzen durch die vom Menschen verursachten Belastungen so stark geschädigt sind, daß ihre Widerstandskraft und Regenerationsfähigkeit gestört ist.

Auch eine Vielzahl von speziellen Bedingungen wie die lokale Bodenbeschaffenheit oder die Zusammensetzung der Stoffwechselorganismen im Boden können die vielfältigsten Detaillergebnisse hervorbringen, was uns allerdings nicht den Blick für die wesentlichen Zusammenhänge verstellen darf.

Ein wichtiger Faktor der Umweltbelastung ist die insgesamt immer größer werdende Luftvergiftung, auch verharmlosend als „Luftverschmutzung“ bekannt, durch chemische Stoffe und Verbindungen, die durch technische Prozesse freigesetzt werden. Diesen Giften ist alles in unserer Erdlufthülle ausgesetzt, nichts kann sich ihnen entziehen, weder wir Menschen noch der Wald.

Nun gibt es allerdings einige Substanzen, die durch ihre Giftigkeit und/oder die freigesetzte Menge im Zu-

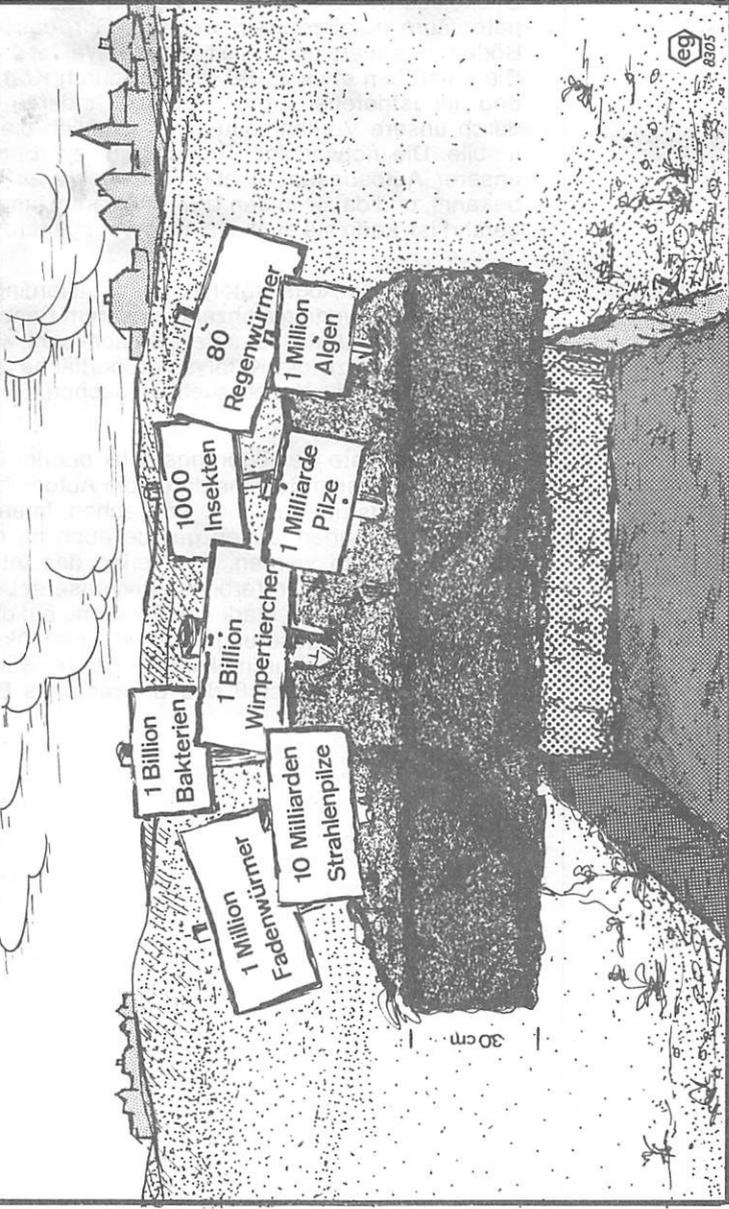
sammenhang mit dem Waldsterben ganz besonders zu beachten sind.

Da wäre als erstes das Schwefeldioxid (SO_2) zu nennen. Schwefeldioxid entsteht hauptsächlich bei der Verbrennung von schwefelhaltigen Brennstoffen wie Öl oder Kohle. Hierbei sind die Kraftwerke und die übrige Industrie, da sie bisher noch fast keine effektiven Filter zur Rauchgasentschwefelung eingebaut haben, mit ca. 85 Prozent die Hauptverursacher der Belastung. Die restlichen 15 Prozent werden zum größten Teil durch die Heizungen der privaten Haushalte beigesteuert. Dieses Schwefeldioxid bewirkt bei den Pflanzen in hohen Konzentrationen eine Zerstörung der schützenden Wachsschicht auf den Nadeln und Blättern und verursacht eine Lähmung des Schließmechanismus der Spaltöffnungen der Blätter, so daß eine überhöhte Verdunstung durch die Pflanzen die Folge ist. Außerdem trägt Schwefeldioxid in der Atmosphäre erheblich zum „sauren Regen“ bei, durch dessen Niederschlag der Säuregehalt des Bodens steigt, wodurch eine vielfältige, negative Veränderung in dessen biologischer und chemischer Zusammensetzung hervorgerufen wird. Wie Messungen, die Fachleute mit dem DKP-Umweltschutz-Meßwagen durchgeführt haben, ergaben, ist in verschiedenen Landesteilen der BRD der Regen schon heute genauso sauer wie Essig.

In nicht geschädigten Böden herrscht ein natürliches dynamisches Gleichgewicht zwischen all den vielen Milliarden Kleinstlebewesen als wichtiges Glied im Stoffwechselprozeß, der notwendig ist, damit die Pflanzen überhaupt existieren können. Eine Versauerung des Bodens und die dadurch ausgelöste Freisetzung von giftigen Metall-Ionen (z.B. von Aluminium), bewirken eine nachhaltige Zerstörung dieses Gleichgewichts.

Die Tatsache, daß jedes höhere Lebewesen, auch Bäume, in einer Symbiose, also wechselseitig gegenseitiger Abhängigkeit, mit einer Vielzahl von Mikroorganismen lebt, deren genaue Funktion wir noch nicht im einzelnen erfaßt haben, läßt erahnen, welche verhängnisvollen Schritte durch die Vergiftung der Böden eingeleitet worden sind.

EINIGE DER LEBEWESSEN IN 1m² UNVERGIFTETEN BODEN



Stickoxide (NOx) sind, da sie u.a. mit Wasser zu Salpetersäure reagieren, ein weiteres Gift, das unsere Böden versauert und damit unsere Wälder bedroht. Sie entstehen etwa zu 50 Prozent durch Kraftwerke und Industriefeuerungen und zur anderen Hälfte durch unsere Verkehrsmittel, vornehmlich die Automobile. Die notwendige Technik z.B. zur Entgiftung unserer Autoabgase ist aber seit mehreren Jahren bekannt, und da sie in den USA und Japan längst eingeführt ist, kann sie auch als ausgereift gelten.

Der Einbau des Abgaskatalysators ist allerdings erst dann sinnvoll, wenn gleichzeitig unserem Benzin kein Blei mehr als „Antiklopfmittel“ beigemischt wird, da diese Bleizusätze die Katalysatoroberfläche „vergiften“ und ihn dadurch unbrauchbar machen.

Die konsequente Verzögerungstaktik bei der Einführung des bleifreien Benzins durch die Automobil- und Mineralölindustrie und ihre politischen Interessenvertreter in Bonn lassen gerade auch an diesem Beispiel deutlich werden, wie gering das Interesse dieser Kreise an einer Verbesserung unserer Lebensbedingungen und wie stark ihre Fixierung auf die ausschließliche Verbesserung ihrer eigenen ökonomischen Position ist. Durch bleifreies Benzin würde natürlich auch der Ausstoß des Umweltgiftes Blei erheblich verringert.

Nicht nur die Wälder werden krank

Die Schadstoffe, die die Wälder vergiften, wirken auch direkt auf die übrige Umwelt ein, also auch auf Mensch und Tier.

Beim Menschen lassen sich sicher Zusammenhänge von Luftschadstoffen und Erkrankungen im Bereich der Atemwege feststellen.

So leiden in der Bundesrepublik inzwischen 16 000 Kleinkinder am sogenannten „Pseudo-Krupp“-Husten. Die Krankheit hat wegen Erstickungsanfällen schon Tote besonders bei Säuglingen gefordert. Auch ein nicht unerheblicher Teil der „plötzlichen Kindstodesfälle“ von 2 000 bis 4 000 Babys jährlich wird unter anderem auf dieselben Luftgifte zurückgeführt, die den Wald ruinieren.

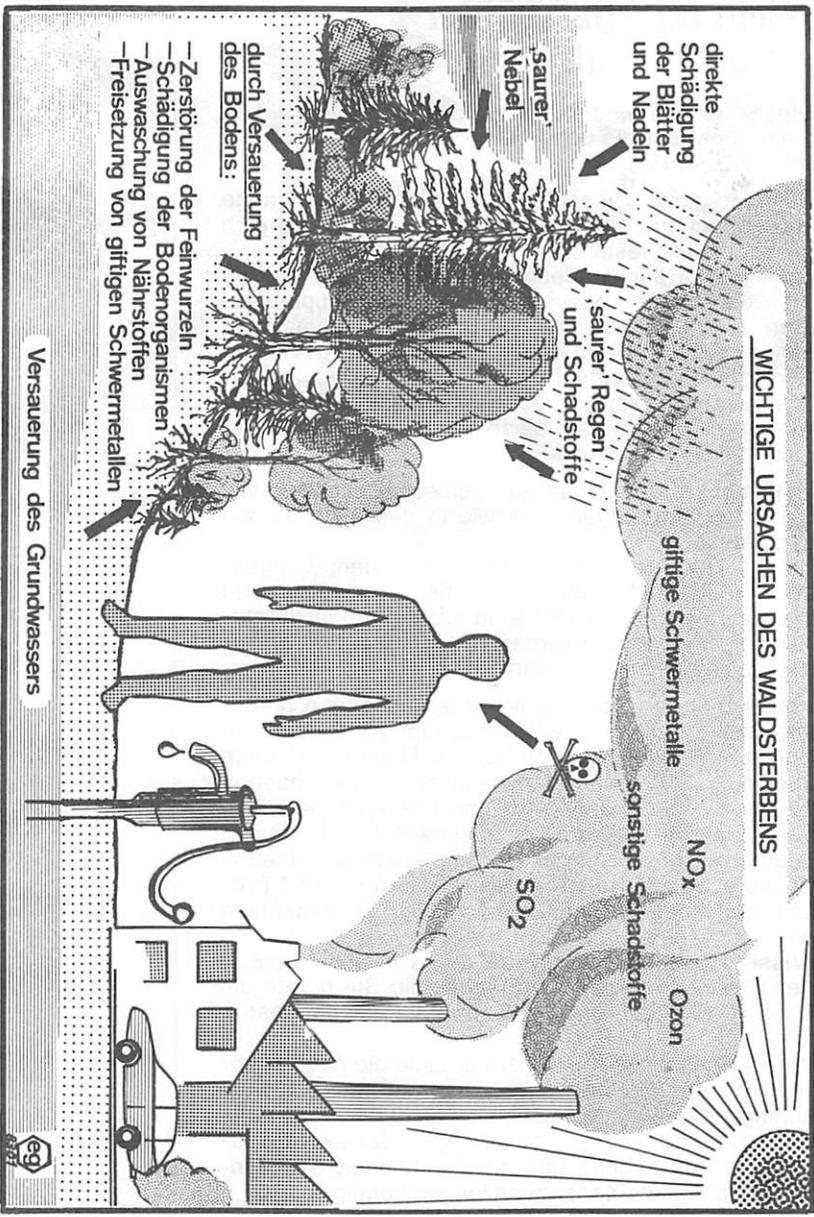
Insgesamt erkranken im Ruhrgebiet sechsmal so viel Menschen an Lungenkrebs wie in den umliegenden Landkreisen.

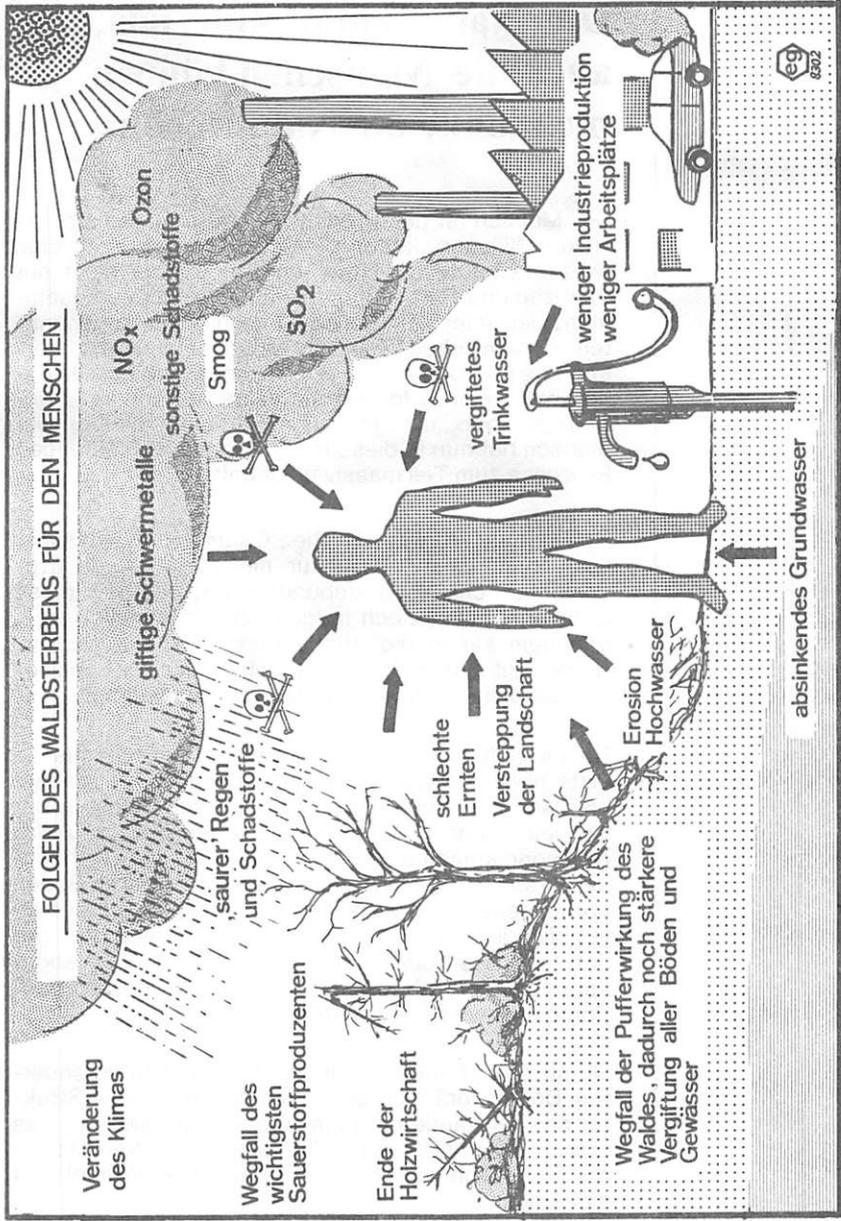
Starke Herz- und Kreislaufbeschwerden, Lungen- und Hautkrankheiten, Bronchitis, Knochen- und Wachstumsschäden, das sind nur einige der furchtbaren Folgen der Luftverpestung, die wir der Großindustrie zu verdanken haben.

Vergleichende medizinische Untersuchungen brachten zum Vorschein, daß in Bochum 33 Prozent, in Duisburg 28, im ländlichen Raum in Borken und Ahlen aber nur 18 Prozent aller männlichen Erwachsenen an chronischer Bronchitis leiden (Versuchspersonen nach gleichen Maßstäben ausgewählt). An Angina pectoris (Erkrankung der Herzkrankgefäße) leiden in Bochum, Duisburg und Recklinghausen rund 24 Prozent der männlichen Erwachsenen, in Borken/Ahlen nur 17 Prozent.

Wissenschaftler stellen fest: „Alles in allem liegt in den Großstädten des Ruhrgebiets die Sterberate um 8 bis 10 Prozent höher als in den übrigen Landesteilen.“

Verantwortlich dafür ist in erster Linie die hauptsächlich von der Großindustrie hervorgerufene Luftverschmutzung. Wie man sieht, sind nicht nur wegen des Waldsterbens, sondern auch wegen der akuten Bedrohung des Lebens und der Gesundheit der Menschen schnellste Konsequenzen notwendig.





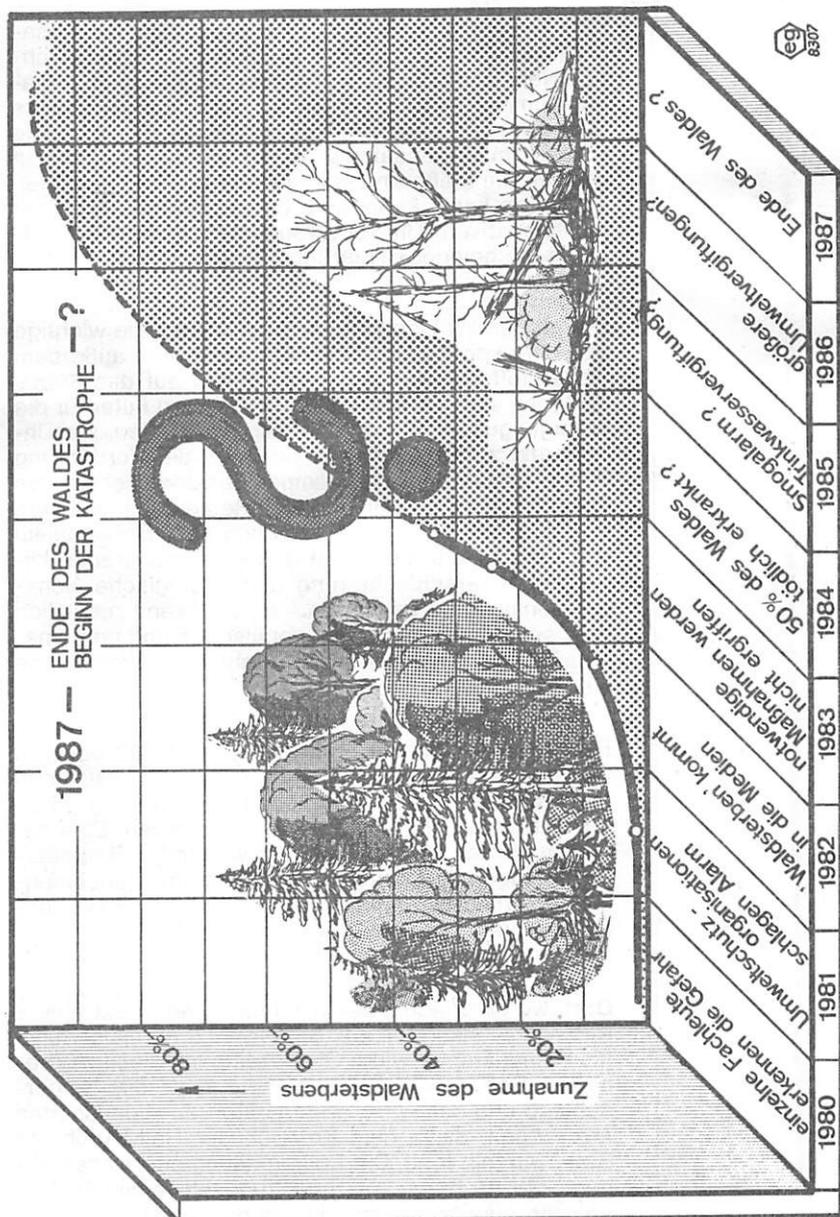
Die Natur kann ohne uns, aber die Menschen können nicht ohne die Natur leben

Der Mensch ist das Produkt der Natur innerhalb von vielen Millionen Jahren dieser Erde. Aber auch das, was uns heute als Natur umgibt, sind ja nicht nur Pflanzen und Tiere, sondern ein kompliziertes Zusammenspiel vieler Faktoren, die alle in einem sogenannten dynamischen Gleichgewicht miteinander verknüpft sind. (Dynamisches Gleichgewicht: ein Gleichgewicht, welches fortwährend einer Veränderung unterliegt, aber „unterm Strich“ erhalten bleibt.) Der Mensch hat nun in diese relativ langsam ablaufenden Prozesse zum Teil massiv eingegriffen.

Schwermetalle, wie z.B. Blei, Cadmium, Quecksilber usw. kommen in der Natur meist in tieferen Erdschichten chemisch gebunden vor. Werden diese Schwermetalle jedoch freigesetzt und verteilen sich, nachdem sie in die Atmosphäre geblasen wurden, wieder auf dem Erdboden, so wirken sie für Lebewesen schon in relativ kleinen Mengen hoch giftig.

Da es sich bei den Schwermetallen um chemische Gifte handelt, können sie nicht biologisch abgebaut werden. Ihre Wirkung bleibt - sind sie einmal in der Umwelt - sehr lange erhalten. Zu den direkten Ablagerungen kommt noch hinzu, daß durch die wachsende Versauerung des Bodens die natürlichen im Boden vorhandenen Schwermetallverbindungen und vor allem die, die im Laufe von vielen Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten durch menschliche Einwirkung abgelagert wurden, chemisch aufgespalten werden, wodurch eine weitere Vergiftung entsteht.

Durch das chemische Ungleichgewicht in versauertem Boden verändert sich auch die chemische Struktur der Zellwände der Feinwurzeln von Pflanzen, was sowohl eine verringerte Aufnahme von Nährstoffen als schließlich auch ein Absterben dieser Wurzeln mit sich bringt.



Eine weitere wichtige Folgeerscheinung ist die Tatsache, daß durch den sauren Niederschlag lebenswichtige Nährstoffe der Pflanzen, wie z.B. Kalium und Magnesium, leicht aus dem Boden herausgelöst und ins Grundwasser abgeschwemmt werden. Da sich die Pflanze im Gegensatz zu höheren Lebewesen nur in geringerem Maße an veränderte Umweltbedingungen anpassen kann, kann sie grundsätzlich als Anzeiger von negativen Umweltveränderungen oder Vergiftungserscheinungen betrachtet werden.

Die großen Waldgebiete sind für diese Erde wichtige Speicher von Süßwasser. Sie produzieren außerdem Sauerstoff und wirken ausgleichend auf das Klima. Daneben sind sie auch noch die größten Filter für die Reinigung der Luft von schädlichen Stoffen, was ihnen jetzt zum Verhängnis wird. Bei der Fortführung des jetzigen Abholzungsstempos der Urwälder werden in ca. 20 bis 30 Jahren nur noch Reste des tropischen und subtropischen Urwaldes übrig sein. Schon allein von dieser Seite her droht uns eine gravierende klimatische Verschlechterung und ökologische Schäden von unvorhersehbarem Ausmaß. Wenn zusätzlich jetzt auch noch die mitteleuropäischen und nordamerikanischen Wälder sterben, droht eine ökologische Großkatastrophe.

Durch den Wegfall der Pufferwirkung der Wälder wird u.a. der Boden noch „saurer“, das heißt, daß noch mehr Schwermetalle des Bodens Giftwirkung erhalten und somit noch mehr Pflanzen sterben. Eine der ersten für den Menschen direkt wirkenden Begleiterscheinungen des Waldsterbens wird eine zunehmende Verschlechterung des ohnehin schon mit Giftstoffen belasteten Trinkwassers sein.

Dort, wo großflächig der Wald fehlt, treten extremere Klimaschwankungen auf, da der Wald normalerweise als Klimadämpfer wirkt. Gleichzeitig mit diesen extremen Schwankungen beginnen auch die Niederschläge und der Wind, den fruchtbaren Humusboden abzutragen, da ja dem Erdreich der Halt durch die Baumwurzeln fehlt. Die Folgen davon sind neben allgemeiner Versteppung und „zugeschwemmten Talsperrern“ auch zunehmende Überschwemmungen, da

stärkere Niederschläge nicht mehr genügend vom Boden gespeichert werden.

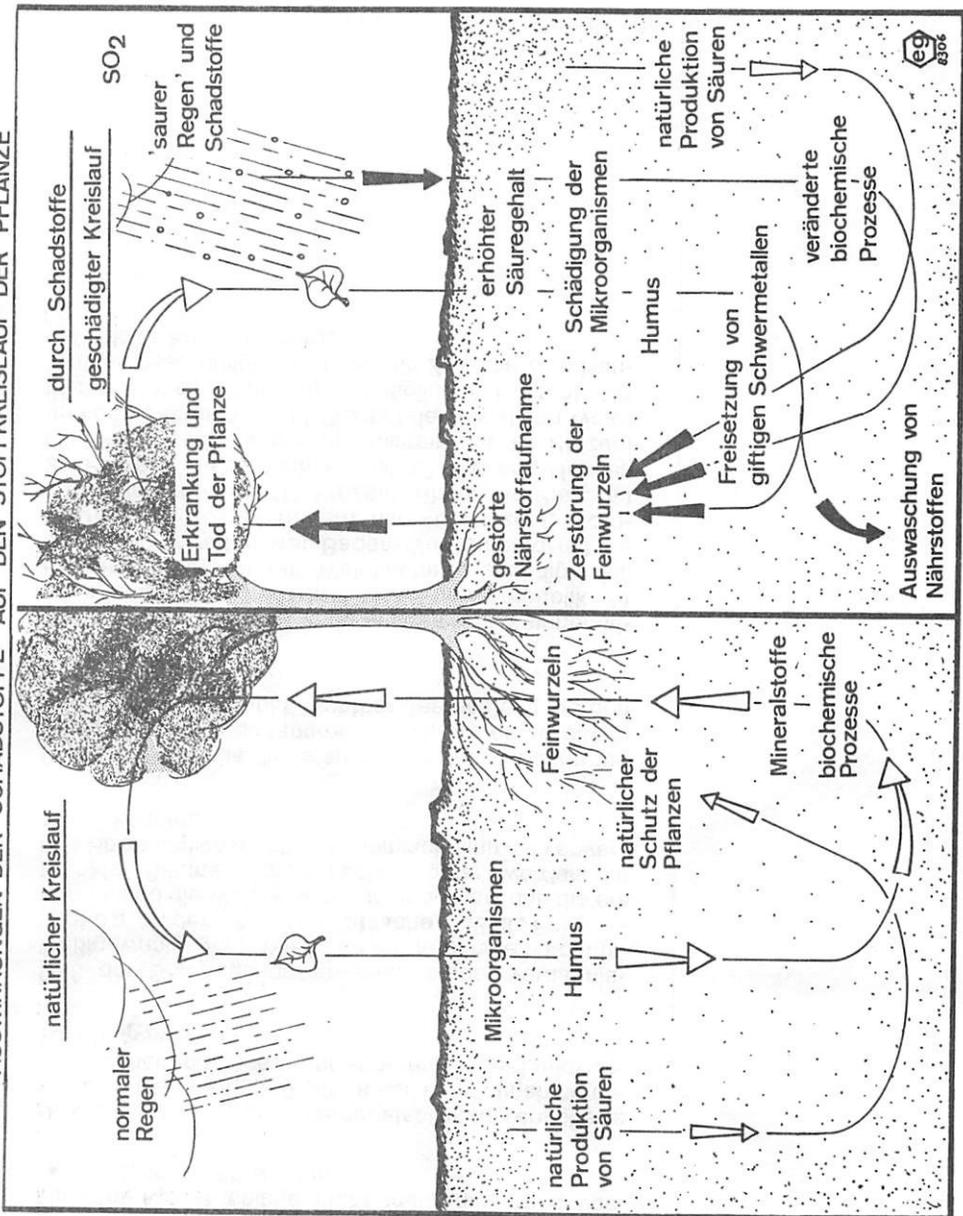
Das oberflächlich ablaufende, also nicht versickerte Wasser bedeutet natürlich auch eine zunehmende Trockenheit, die sich unter anderem in der Landwirtschaft auswirken wird.

Daß der Sonntagsspaziergänger bisher verhältnismäßig wenig vom Waldsterben feststellen konnte, liegt u.a. an der einfachen Tatsache, daß die Forstbetriebe und die Waldbesitzer dafür sorgen, daß die erkrankten Bäume möglichst schnell gefällt werden, um das Holz möglichst noch ökonomisch sinnvoll verwenden zu können.

Dies bedeutet allerdings auch, daß das Waldsterben eigentlich schon umfangreicher ist, als es zu einem bestimmten Zeitpunkt sichtbar festgestellt werden kann.

Im Schnitt waren nach Angaben des Bundesinnenministeriums Anfang März in der Bundesrepublik 34 Prozent der gesamten Waldfläche geschädigt. Am stärksten betroffen war Baden-Württemberg mit 49 Prozent. Es folgen Bayern mit 46 Prozent, Nordrhein-Westfalen mit 35 Prozent, Rheinland-Pfalz mit 23 Prozent, Niedersachsen mit 17 Prozent, Hessen mit 14 Prozent, Schleswig-Holstein mit 12 Prozent und das Saarland mit 11 Prozent der jeweiligen Waldfläche. Da ein Jahr vorher lediglich 8 Prozent des Waldes geschädigt waren, ist die Zeit, die zum Handeln bleibt, knapp geworden.

AUSWIRKUNGEN DER SCHADSTOFFE AUF DEN STOFFKREISLAUF DER PFLANZE



Der Wald stirbt ganz legal

Im September 1974 stellte ein Diplomingenieur namens P. Davids im Auftrage der Landesregierung Nordrhein-Westfalen einen „Situationsbericht zum Stand der Abgasentschwefelung in Kraftwerken“ fertig. Er wies nach, daß „auf der Grundlage des zum jetzigen Zeitpunkt (das war 1974! Anmerkung des Verfassers) bei einigen Verfahren vorhandenen Know-how und der Betriebserfahrungen über längere Zeiträume in der BRD der Bau von Abgasentschwefelungsanlagen möglich ist, die im Kraftwerksbetrieb adäquate Verfügbarkeit unter allen vorhandenen Betriebsverhältnissen erreichen.“ Trotz Abgasentschwefelung hätte sogar der Strompreis von den Energiekonzernen noch erheblich gesenkt werden können: Am 14. Oktober 1977 veröffentlichte die „Zeit“ ein Interview mit dem damaligen Staatssekretär im Innenministerium und späteren Innenminister Baum damals: „Bei den laufenden Kosten der Kraftwerke ergeben sich, bedingt durch den Bau neuer Kraftwerke, Rationalisierungsvorteile, so daß sauberer Kohlestrom nicht teurer sein muß. Der Rationalisierungsgewinn liegt noch über den Kosten, die für die Umwelanlagen nötig sind. Es bleibt ein Kostenvorteil von etwa 1,5 Pfennig je erzeugte Kilowattstunde. Dies sind sogar Berechnungen der Elektrizitätswirtschaft und nicht solche, die wir angestellt hätten.“ Die DKP forderte deshalb schon 1975 den Einbau von Abgasentschwefelungsanlagen in alle Kohle- und Ölkraftwerke und Industriefeuerungsanlagen, was nach dem damaligen Stand der Technik zu einer Reduzierung der Luftverschmutzung um über die Hälfte geführt hätte. Denn Industrie und Kraftwerke sind zu über 80 Prozent an der Luftverschmutzung mit Schwefeldioxid beteiligt.

CDU/CSU, SPD und FDP dagegen waren sich im Bundestag einig. Den Energiekonzernen wurde lediglich der Einbau hoher Schornsteine vorgeschrieben, die den Dreck besser verteilen. Eine Maßnahme, die nur rund ein Zwanzigstel des Einbaus von Abgasentschwefelungsanlagen kostete, die den Energiekonzernen hohe Extraprofiten auf Kosten der Umwelt verschaffte und zum Waldsterben beitrug. Selbst die von Innenminister Zimmermann vorgelegte und vom Bundesrat verabschiedete „Großfeuerungsanlagenverordnung“ zwingt Industrie und Kraftwerksbetreiber



Bilder wie aus einem Gruselfilm kann man heute schon bei einem Spaziergang durch unsere Wälder erleben. Hier eine Gruppe abgestorbener Fichten in der Eifel.

Foto: egf

noch nicht einmal dazu, die technischen Möglichkeiten zu nutzen, die schon 1975 zur Reinigung der Kraftwerksabgase vorhanden waren. Da Abgasentschwefelungsanlagen in nächster Zeit nur in neue Großkraftwerke eingebaut werden sollen - nicht etwa in kleinere Kraftwerke oder schon in Betrieb befindliche Anlagen - und da zudem der Abgasgrenzwert für Schwefeldioxid mehr als viermal so hoch angesetzt ist, wie man ihn heute technisch erreichen kann, soll die Abgabe von Schwefeldioxid in die Atemluft in den nächsten zehn Jahren lediglich um rund ein Drittel reduziert werden. Eine Maßnahme, die nach Ansicht von Experten nicht ausreicht, das Waldsterben zu stoppen.

Obwohl die in wenigen Jahren auftretenden Waldschäden höhere Kosten verursachen, als zur Verhinderung des sauren Regens notwendig wären, sind die Energiekonzerne keinesfalls bereit, freiwillig ausreichende Maßnahmen gegen das Waldsterben zu ergreifen. Denn sie haben die Folgekosten nicht zu tragen. Die Wälder gehören nicht ihnen, sondern in überwiegendem Maße den Ländern, Gemeinden, den Bauern sowie einigen Großgrundbesitzern.

Auch Autos tragen mit ihren Abgasen nicht unerheblich zum sauren Regen bei. Innenminister Zimmermann hat Ende 1983 angekündigt, daß für neue Autos ab 1986 Abgaskatalysatoren vorgeschrieben würden und bleifreies Benzin an den Tankstellen angeboten würde. Ein Versprechen, an dessen Realisierung man berechtigte Zweifel anmelden kann. Bezahlen sollen zudem die Autofahrer. Wäre es nach der DKP gegangen, wären diese Maßnahmen schon vor 12 Jahren eingeführt worden. Das folgende Zitat stammt aus dem DKP-Umweltschutzprogramm von 1971:

„Noch vor 10 Jahren produzierte z. B. Aral bleifreies Benzin. Um den Profit zu erhöhen, ging der Konzern dazu über, sein Benzin wie andere Konzerne mit Blei klopfest zu machen. Die Produktion von völlig bleifreiem Benzin bei gleichbleibender Leistung ist technisch jederzeit möglich. Lediglich die riesigen Profite internationaler Konzerne wie Shell, British Petrol, Standard Oil usw. würden gemindert. Das VW-Werk liefert seit einiger Zeit die USA-Exportmodelle mit einem Abgaskatalysator zum alten Preis. Man kann also die Autoabgase weitgehend entgiften, ohne daß der einzelne Autofahrer dafür bezahlt.“

Rettung ist möglich, wenn man die Konzerne dazu zwingt

Die DKP fordert auch heute, die vorhandenen technischen Möglichkeiten zur Abgasreinigung voll zu nutzen.

Würden auch die weitergehenden energiepolitischen Vorstellungen der DKP zur besseren Häuserisolierung und zur Abwärmenutzung realisiert, so könnten die für den sauren Regen verantwortlichen Schadstoffe auf wenige Prozent des heutigen Wertes gesenkt werden.

Nur 30 bis 40 Prozent der in den Kraftwerken eingesetzten Primärenergie wird in elektrischen Strom umgewandelt. Der Rest wird als Abwärme abgegeben, heizt damit Luft und Wasser auf und kann sogar zu Umweltschäden führen.

Die Abwärme von Kraftwerken kann aber auch zum Heizen von Wohnungen und zur Warmwassererzeugung verwendet werden. Nicht bei ganz großen Kraftwerken, denn die stehen so weitab von den Städten und Gemeinden, daß die Abwärmenutzung unrentabel wird.

Werden dagegen mittlere und kleine Kraftwerke in der Nähe von Wohnsiedlungen gebaut, wird die Abwärmenutzung wirtschaftlich rentabel. Denn bei einem derartigen sogenannten Heizkraftwerk werden 80 bis 86 Prozent der eingesetzten Primärenergie (z.B. Kohle oder Gas) ausgenutzt. Und nicht nur das: Die Fernwärmestudie der Bundesregierung kommt zu dem Ergebnis, daß durch den Ausbau der Abwärmenutzung eine Reduzierung der Abgabe von Schwefeldioxid um rund 38 Prozent gegenüber der Einzelfeuerung erreicht werden kann. Werden Abgasentschwebelungsanlagen eingebaut oder wird die umweltfreundliche Wirbelschichtfeuerung eingesetzt – wovon die Fernwärmestudie nicht ausgeht –, kann eine zusätzliche Senkung um weitere 95 Prozent der Schadstoffe erfolgen. Durch die Einsparung an Primärenergie können zudem die Heizkosten für die Bevölkerung um etwa 20 Prozent gesenkt werden, zusätzlich zu einer ebenfalls möglichen erheblichen Senkung durch bessere Häuserisolierung.

Als 1982 z.B. die DKP-Ratsfraktion in Gevelsberg den Antrag stellte, ein stillgelegtes Heizkraftwerk wieder in Betrieb zu nehmen, lehnte der zuständige Energiekonzern EVU ab. Das Projekt sei nicht rentabel. Für die Energiekonzerne ist es viel profitabler, nur Strom zu verkaufen, als Strom und Abwärme. Sogar das Bundesministerium für Forschung und Technologie schreibt deshalb in seiner Fernwärme-Studie: „Hier wird eine Schwäche des marktwirtschaftlichen Systems deutlich.“ Die CDU-geführte Regierung zieht daraus keine Schlußfolgerungen. Die DKP dagegen fordert in ihrem Parteiprogramm zur Sicherung einer preisgünstigen umweltfreundlichen Energieversorgung die Verstaatlichung der gesamten Energiewirtschaft unter demokratischer Kontrolle.

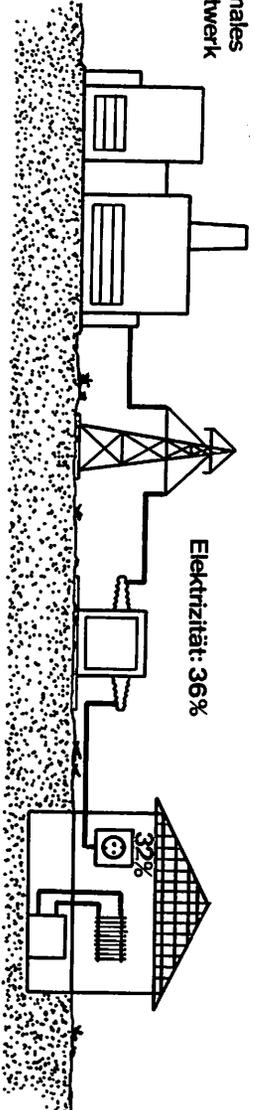


Mit dem DKP-Umweltschutzmeßwagen können Luftverschmutzung gemessen und Verursacher identifiziert werden.

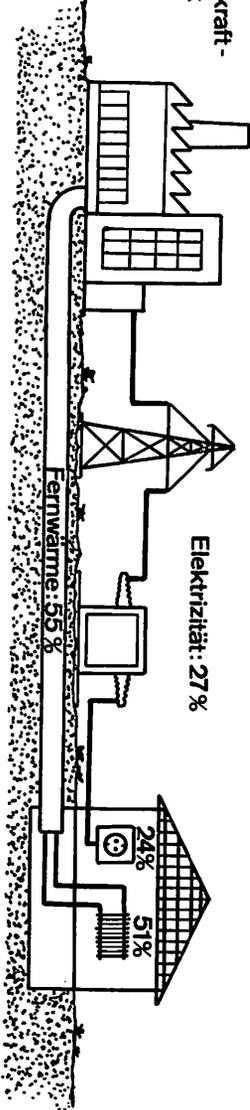
Der Meßwagen, der von Wissenschaftlern der DKP-Umweltschutzkommission betreut wird, kann beim DKP-Parteivorstand (Telefon: 0211/481001) angefordert werden.

KRAFT - WÄRME - KOPPLUNG

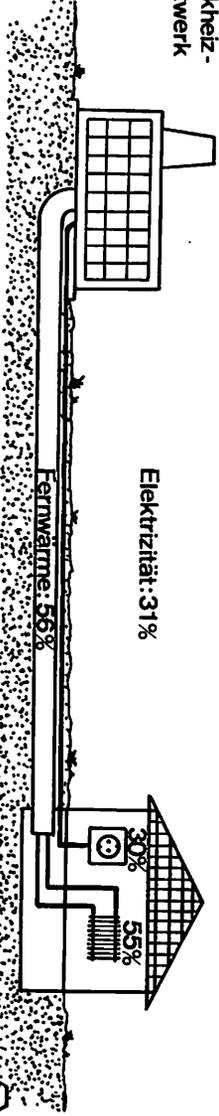
normales Kraftwerk



Heizkraftwerk



dezentrales Blockheizkraftwerk



Die DKP fordert eine halbe Million neue Arbeitsplätze durch mehr Umweltschutz und rationelle Energieverwendung

800 000 Arbeitsplätze in der Holzindustrie werden nach Angaben der Gewerkschaft Gartenbau durch das Waldsterben gefährdet. Das gleiche gilt für Hunderttausende weitere Arbeitsplätze im Fremdenverkehrsgewerbe. Denn wer würde schon in den „bayrischen Wald“ in Urlaub fahren, wenn dort keine Bäume mehr stehen und alle Pflanzen und Tiere durch den sauren Regen zugrunde gegangen sind? Alle diese Arbeitsplätze können erhalten werden, wenn schnell ausreichende Maßnahmen gegen das Waldsterben ergriffen werden.

Die DKP fordert deshalb, daß sofort alle Kohle- und Ölkraftwerke sowie Industriefeuerungsanlagen mit modernsten Rauchgasentschwefelungen ausgerüstet werden, wodurch kurzfristig etwa 200 000 Arbeitsplätze in der Maschinenbau- und Bauindustrie gesichert bzw. neu geschaffen werden können. Unter anderem wäre es durch eine derartige Maßnahme möglich, alle gefährdeten Arbeitsplätze in den Hamburger und Bremer Werften zu sichern, denn dort könnten innerhalb kürzester Zeit Abgasentschwefelungsanlagen gebaut werden, wie Betriebsräte und Belegschaften mehrfach öffentlich bekundet haben.

Zahlreiche weitere Arbeitsplätze können geschaffen werden, wenn alle Industrieabgase, wie die DKP es fordert, durch den Einbau moderner Filteranlagen so weit gereinigt werden, daß eine Schädigung von Mensch und Umwelt ausgeschlossen wird.

Würde nur die Hälfte des geschätzten Bedarfs an Fernwärme in Nordrhein-Westfalen durch die heimische Steinkohle gedeckt, könnten dort alle Arbeitsplätze in den von der Stilllegung bedrohten Zechen gesichert werden. Insgesamt könnten durch den Aus-

bau der Abwärmenutzung bis 1995 sogar 200 000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden: In der Bauindustrie, der Maschinenbauindustrie, bei den Stahlwerken, die Rohrleitungen herstellen müßten, in der chemischen Industrie, die Isoliermaterialien liefern könnten, im Bergbau bei der Kohleförderung und im Handwerk.

Die DKP fordert deshalb, pro Jahr zusätzlich fünf Milliarden DM für den Ausbau der Abwärmenutzung zu investieren. Damit könnten innerhalb eines Jahres 15 Städte mit je 100 000 Einwohnern mit Fernwärme-Anschluß ausgestattet werden und 100 000 Arbeitsplätze sofort neu geschaffen werden. Später sollen diese Ausgaben weiter gesteigert werden. Bezahlt werden sollen Abgasfilter, Verstärkung der Abwärmenutzung und Maßnahmen zur besseren Häuserisolierung durch einen Stopp des Atomprogramms, aus dem Rüstungsprofiten der Energiekonzerne und aus dem Rüstungsetat. Die arbeitende Bevölkerung – so fordert die DKP – darf dafür nicht zur Kasse gebeten werden.

Die DKP fordert, daß neue Kraftwerke nur noch genehmigt werden dürfen, wenn ihre Abwärme genutzt wird. Sie sind so weit wie möglich mit heimischer Kohle und der umweltfreundlichen Wirbelschichtfeuerung zu betreiben.

Die DKP fordert eine Erhöhung der Zuschüsse für die bessere Wärmeisolierung in Wohnungen um jährlich fünf Milliarden DM - mit weiteren Steigerungen in späteren Jahren. Dadurch könnten sofort 75 000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden und der Brennstoffverbrauch und damit die Heizkosten für die Bevölkerung sowie die Abgase erheblich gesenkt werden.

Die DKP fordert das sofortige Verbot des Zusatzes von Bleiverbindungen zu Treibstoffen sowie den sofortigen Einbau von Abgaskatalysatoren mit einem Mindestwirkungsgrad von 90 Prozent ohne Preiserhöhungen für die Verbraucher in alle Autos.

Die DKP fordert, daß Industrieabgase grundsätzlich

durch den Einbau modernster Filteranlagen gereinigt werden müssen. Für die Sauberkeit der Umwelt sind exakte, von den Lebensbedingungen der Pflanzen- und Tierwelt, der Selbstreinigungskraft und vom Gesundheitsinteresse der Bevölkerung bestimmte Werte gesetzlich festzulegen.

Die DKP fordert, daß, bevor neue chemische Verbindungen produziert werden dürfen, ihre Umweltverträglichkeit nachgewiesen werden muß. Diese Bestimmung ist auch auf alle derzeit produzierten chemischen Produkte anzuwenden. Umweltgefährdende Produkte sind so schnell wie möglich durch umweltfreundliche Produkte zu ersetzen.

Die DKP erhebt die Forderung, daß die Kosten für die Reinhaltung der Umwelt grundsätzlich von den für die Umweltzerstörung verantwortlichen Unternehmern zu tragen sind. Ausnahmegenehmigungen sind gesetzlich zu verhindern.

NOTIZEN

NOTIZEN

NOTIZEN

DKP-Anschriften

Deutsche Kommunistische Partei
Parteivorstand
Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf
Telefon (0211) 481001-04

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Baden-Württemberg
Stotzstraße 10, 7000 Stuttgart 1
Telefon (0711) 265510

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Bremen/Niedersachsen-Nord
Contrescarpe 8c, 2800 Bremen 1
Telefon (0421) 321314

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hamburg
Tarpenbekstraße 66, 2000 Hamburg 36
Telefon (040) 476569

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hessen
Cronstettenstraße 18, 6000 Frankfurt/Main
Telefon (0611) 550287

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Niedersachsen
Hamburger Allee 38, 3000 Hannover 1
Telefon (0511) 311033

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Saar
Bleichstraße 18, 6600 Saarbrücken
Telefon (0681) 31513

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Schleswig-Holstein
Hamburger Chaussee 3, 2300 Kiel
Telefon (0431) 681421

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Südbayern
Reisingerstraße 5, 8000 München
Telefon (089) 267968

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Nordbayern
Fürther Straße 92, 8500 Nürnberg
Telefon (0911) 32461

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz
Heiligkreuzweg 92, 6500 Mainz 1
Telefon (0 61 31) 8 20 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen
Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf
Telefon (0211) 362095

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen
Hoffnungstraße 18, 4300 Essen
Telefon (0201) 222195

1. Auflage, April 1984
Herausgeber: Parteivorstand der
Deutschen Kommunistischen Partei,
Referat: Öffentlichkeitsarbeit
Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf
Verantwortlich: Jörg Heimbrecht
Druck: Plambeck & Co
Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss
Schutzgebühr: 1 DM

